

ANFRAGE von Bettina Balmer (FDP, Zürich), Simon Vlk (FDP, Uster) und Alexander Jäger (FDP, Zürich)

Betreffend Finanzielle Auswirkungen des Kinder- und Jugendheimgesetzes für Gemeinden und Kanton

Seit der Einführung des neuen Kinder- und Jugendheimgesetzes (KJG) am 1.1.2022 hört man zunehmend einen gewissen Unmut in verschiedenen Gemeinden im Kanton Zürich, weil die Kosten für die Gemeinden deutlich höher ausfallen, als dies primär bei der Einführung des KJG veranschlagt worden war. So muss zum Beispiel die Stadt Uster alleine im Jahr 2023 mit Kosten von zusätzlich 600'000 Franken rechnen. Scheinbar wachsen insbesondere auch die sozialpädagogischen Familienbetreuungen ungebremst, weil die Wartezeiten bei den Krisen- und Notfallangeboten sehr lange sind.

Wir gelangen mit folgenden Fragen an die Regierung:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Kostenfolgen nach der Einführung des neuen Kinder- und Jugendheimgesetzes für die Zürcher Gemeinden generell und spezifisch im Fall von Uster ein?
2. Welche zusätzlichen Kosten fallen infolge des neuen Gesetzes zukünftig für den Kanton Zürich an? Wie hoch sind die (zusätzlichen) Kosten zukünftig für die Gemeinden insgesamt? Sind seitens des Kantons Massnahmen oder Kontrollmechanismen geplant, damit die Kosten insbesondere auch für die Gemeinden nicht noch weiter ansteigen? Wir bitten die Frage für einen mittleren Planungshorizont von 3 bis 5 Jahren zu beantworten.
3. Ist eine grundsätzliche Re-Evaluation des neuen KJG in nächster Zeit geplant? Falls ja: Wann soll diese Evaluation stattfinden und was soll dabei überprüft werden? Falls nein: Warum nicht?
4. In einem Orientierungsschreiben vom 25.5.23 schreibt die Direktion der Justiz und des Innern zum Problem der deutlich unterschätzten Kosten in diesem Bereich unter anderem: "Die Inanspruchnahme von Heimpflegeangeboten in ausserkantonalen Kinder- und Jugendheimen mit IVSE-Anerkennung liegt deutlich über den Werten der Vorjahre; die Inanspruchnahme von SPF liegt fast doppelt so hoch wie angenommen. Die Inanspruchnahme von SPF steigt seit 2020 markant, da SPF zunehmend eingesetzt werden, um längere Wartezeiten bei den Krisen- und Notfallangeboten zu überbrücken.". Daraus ergeben sich folgende weiteren konkreten Fragen:
 - a. Wieso ist die Inanspruchnahme von Heimpflegeangeboten in ausserkantonalen Kinder- und Jugendheimen deutlich höher respektive warum müssen Krisen- und Notfallangebote damit überbrückt werden respektive was ist geplant, um diese Überbrückungsmassnahme möglichst kurz zu halten?
 - b. Warum hat es in anderen Kantonen noch Heimpflegeangebote, im Kanton Zürich aber offenbar nicht mehr?
 - c. Wie schätzt die Regierung die Entwicklung der Inanspruchnahme dieser ausserkantonalen Kinder- und Jugendheimplätze für die nächsten Jahre ein? Falls weiterhin deutlich mehr Plätze nötig sind: Welche Lösungsansätze bieten sich hier aus Sicht der Regierung konkret an?

- d. Wie schätzt die Regierung die zukünftige Situation bei den Krisen- und Notfallangeboten ein? Ist auch hier mit einer deutlich zunehmenden Tendenz zu rechnen? Falls ja: Warum ist das so und was muss unternommen werden?

Bettina Balmer
Simon Vik
Alexander Jäger